

Krisengipfel bei Kaffee und Kuchen

Carstensen bietet Finanzpakt an – Kommunen bleiben skeptisch

Kiel – Zum Schluss gab es im Gästehaus der Landesregierung noch Kaffee und Kuchen für alle. Doch der versöhnliche Ausklang kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Land und Kommunen weiter im Clinch liegen. Streitfrage: Wie kann die Kürzung von 120 Millionen Euro im Jahr wettgemacht werden?

Von Bodo Stade

Bei Geld hört auch die Parteifreundschaft auf. Das musste Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gerade erst erfahren. Nachdem das schwarz-rote Kabinett beschlossen hatte, die Kommunen kräftig zur Kasse zu bitten, hatten die Spitzenvertreter der Städte, Kreise und Gemeinden Alarm geschlagen. Und auch die Christdemokraten nahmen dabei kein Blatt vor den Mund. Schlimmer als Rot-Grün sei die von ihm geführte große Koalition, musste sich Carstensen anhören.

Wie es heißt, soll die geballte Attacke den Regierungschef alles andere als kalt ge-

lassen haben. Mit ihrer Forderung nach einem Spitzengespräch rannnten die Kritiker indes offene Türen ein. „Er wolle die Sache im Konsens regeln“, betonte Carstensen nach dem gestrigen Treffen. Er biete deshalb einen „Finanzpakt“ an. Das heißt: Im Gegenzug zur schmerzlichen Kürzung will die Landesregierung die Kommunen von kostspieligen Regelungen befreien und ihnen im Zuge der Verwaltungsstrukturreform „ein Maß an Selbstständigkeit geben, das es sonst nirgendwo gibt“. Auf eine Debatte darüber, in welchen Bereichen Aufgaben abgebaut und Standards gelockert werden könnten, wollte sich Carstensen allerdings nicht einlassen. Klar sei nur: Zur geplanten Kürzung von jeweils 120 Millionen Euro in den beiden kommenden Jahren gebe es keine Alternative. „Auch die Kommunen können kein Interesse daran haben, dass das Land in eine Haushaltsnotlage gerät.“

Angesichts der harten Linie hielt sich die Begeisterung über den „Finanzpakt“ bei Bürgermeistern und Landrä-

ten in Grenzen. Die Kommunen seien schon seit Jahren „Haushaltsnotlageland“, erwiderte Reinbeks Bürgermeister Detlef Palm. „Wir wissen nicht, wo wir es hernehmen sollen.“ Mit Blick auf mögliche Entlastungen sei man aber Gesprächsbereit.

Denkbar ist vieles: Lockerungen im Baurecht, beim Umweltschutz oder bei den Standards für Kindertagesstätten stehen schon lange auf dem Wunschzettel der Kommunen. Volker Dornquast, Bürgermeister von Henstedt-Ulzburg und Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages bleibt aber skeptisch. Es werde zwar nun über den Abbau von Aufgaben gesprochen. „Aber ich bin mal gespannt, ob da auch die Parteien mitmachen.“

Und was passiert, wenn sich Land und Kommunen nicht auf die gewünschte Entlastung einigen können? „Der Gesetzgeber sitzt am längeren Hebel“, sagt Dornquast. Machtlos sind aber auch die Kommunen nicht. Dornquast: „Jeder Abgeordnete hat einen Wahlkreis. Und Wahlkreise bestehen aus Gemeinden.“



Große Runde im Gästehaus: Am Spitzengespräch mit den Vertretern der Kommunen nahmen neben Ministerpräsident Peter Harry Carstensen auch Finanzminister Rainer Wiegard und Innenminister Ralf Stegner teil. Foto August

KN, O.D. | S. 13